

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 22. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 22.06.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:04 Uhr bis 17:25 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Teilnahme für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Martina Wildgrube	FDP	Teilnahme für Herrn Kley
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	Teilnahme ab 16:35 Uhr
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	Teilnahme bis 17:22 Uhr
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Teilnahme von 16:27 bis 17:22 Uhr
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	Teilnahme bis 17:22 Uhr
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Gerry Kley	FDP

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 22. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.2 Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße  
Vorlage: V/2011/09790  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- TOP 5.3 - Baubeschluss - Ersatzneubau der Kraftsporthalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09545  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- TOP 5.4 Erster Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen  
Vorlage: V/2011/09809  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- TOP 5.5 Langfristkonzept Saline-Ensemble  
Vorlage: V/2011/09849  
*in der Sitzung des Bildungsausschusses am 14.06.2011 vertagt*
- TOP 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)  
Vorlage: V/2011/09772  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
-

Hinsichtlich des TOP 6.2

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09599

erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass dieser auf der Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung verbleibe und begründete dies.

Die im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vorgeschlagene Änderung, dass auch Einheitsführer der Katastrophenschutzeinheiten eine Aufwandsentschädigung erhalten sollen, wurde durch die antragstellende Fraktion übernommen. In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde hingegen der ursprüngliche Beschlussvorschlag des Antrages beschlossen.

Insofern seien die Entscheidungen der jeweiligen Fachausschüsse als unterschiedliche Voten zu betrachten. Demzufolge könne der Antrag in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, erklärten, dass den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Änderung bekannt war und Konsens bestand.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass entsprechend der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle aufgrund der im Antrag vorgenommenen Änderung des Beschlussvorschlages unterschiedliche Voten vorliegen. Danach habe der Hauptausschuss über diesen Antrag zu beraten und abzustimmen.

---

Darüber hinaus kündigte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, unter dem TOP Mitteilungen zum Stand der Überarbeitung der einzelnen Förderrichtlinien sowie über die Ausschreibung zum Druck des Amtsblattes zu informieren.

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.1            Verlängerung des Vertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Verein Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: V/2011/09811

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Zudem liegt nachfolgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."  
Vorlage: V/2011/09923

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte darauf aufmerksam, dass entsprechend der Stellungnahme des Rechtsamtes der Änderungsantrag unzulässig sei. Sie fragte die Hauptausschussmitglieder nach der Verfahrensweise mit dem Änderungsantrag in der heutigen Sitzung.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, konnte den Ausführungen der Oberbürgermeisterin, dass der Änderungsantrag unzulässig sei, nicht zustimmen. Er schlug vor, nach den bisherigen Gepflogenheiten zu verfahren und den Änderungsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Zudem gebe es seines Wissens keine Regelung in der Geschäftsordnung über unzulässige Anträge. Insofern müsse die Oberbürgermeisterin bei Zustimmung zum Änderungsantrag entsprechend Widerspruch einreichen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** konnte die Argumentation nachvollziehen und nahm den Änderungsantrag auf die Tagesordnung.

---

zu 6.3            Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Berichterstattung gegenüber BürgerInnenschaft und Stadtrat  
Vorlage: V/2011/09692

Hierzu liegt seitens der Verwaltung eine Übersicht über die schriftlichen Berichterstattungen im Stadtrat und in den Ausschüssen vor.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:            zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1.    Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2.    Feststellung der Tagesordnung
3.    Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2011
4.    Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5.    Beschlussvorlagen
- 5.1  Verlängerung des Vertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Verein Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: V/2011/09811

- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."  
Vorlage: V/2011/09923
- 5.2 *Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße*  
Vorlage: V/2011/09790 *abgesetzt*
- 5.3 *- Baubeschluss - Ersatzneubau der Kraftsporthalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße in Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2011/09545 *abgesetzt*
- 5.4 *Erster Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen*  
Vorlage: V/2011/09809 *abgesetzt*
- 5.5 *Langfristkonzept Saline-Ensemble*  
Vorlage: V/2011/09849 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)*  
Vorlage: V/2011/09772 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2011/09599
- 6.3 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Berichterstattung gegenüber BürgerInnenschaft und Stadtrat*  
Vorlage: V/2011/09692
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Stand Konjunkturpaket II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2011**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 21. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.05.2011.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2011.**

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Verlängerung des Vertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Verein Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.**  
Vorlage: V/2011/09811

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."**  
Vorlage: V/2011/09923

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Bönisch, Herr Wehrich, Frau Dr. Bergner, Herr Bartl, Frau Ewert, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Beigeordneter Kogge** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** begründete die vorgenommenen Änderungen seitens der Verwaltung. Nach dem derzeit gültigen Vertrag mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ sei die Stadt verpflichtet, über die Verlängerung des Vertrages zu verhandeln und müsse dem Stadtrat das Verhandlungsergebnis zur Zustimmung vorlegen. Aufgrund dessen erfolgte eine Änderung des ursprünglichen Beschlussvorschlages.

Darüber hinaus verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die Begründung der Verwaltung, weshalb die Singschule weiterhin durch die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ betrieben werden sollte.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte nach den Folgen und der weiteren Verfahrensweise, falls der Stadtrat dem Verhandlungsergebnis nicht zustimmen sollte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass bei einer Ablehnung des Verhandlungsergebnisses der Stadtrat Änderungsvorschläge einbringen müsse. Danach müsste die Verwaltung die Änderungsvorschläge mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ diskutieren.

Bei Zustimmung durch die Jugendwerkstatt werde dem Stadtrat ein neues Verhandlungsergebnis vorgelegt. Sollte keine Einigung erzielt werden können, müsse sich über den weiteren Verfahrensweg verständigt werden.

Sie gehe allerdings davon aus, dass man zu einer einvernehmlichen Lösung gelange, da sich die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in den Verhandlungen hinsichtlich bestimmter Mitspracherechte im Beirat geöffnet habe.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass zwar die Option auf Verlängerung des Vertrages um weitere 5 Jahre bestünde, allerdings wäre dies keine einseitige Option. In dem derzeitigen Vertrag sei eindeutig eine Laufzeit vom 01.01.2008 bis 31.12.2011 vorgegeben. Daher sei die Argumentation der Verwaltung nicht stichhaltig.

Zudem machte **Herr Wehrich** deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine Verlängerung des bestehenden Vertrages handle, sondern um einen neu verhandelten Vertrag. Insofern schließe sich die Verwaltung dem Standpunkt seiner Fraktion an.

**Herr Wehrich** brachte zum Ausdruck, dass eine Verlängerung des Vertrages aufgrund der Auseinandersetzungen in den letzten Monaten zwischen der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ und der Singschule inhaltlich unverantwortlich sei. Seines Erachtens müsse ein Neuanfang vorgenommen werden und die Singschule dem in Gründung befindlichen Verein übertragen werden. Aus diesem Grund bat er um Zustimmung zum Änderungsantrag.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Wehrich und zitierte hinsichtlich der Vertragslaufzeit aus dem § 2 des bestehenden Vertrages:

(1) Der Vertrag wird zunächst für den Zeitraum 2008 bis 2011 geschlossen mit Option auf Verlängerung um weitere 5 Jahre. Die Vertragslaufzeit beginnt am 01.01.2008 und endet am 31.12.2011.

...

(3) ... Die Verhandlungen zur Verlängerung dieses Vertrages um weitere 5 Jahre sind bis zum 30.06.2011 abzuschließen. Das Verhandlungsergebnis bedarf der Zustimmung des Stadtrates.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stellte klar, dass daraus eindeutig hervorginge, dass eine Verlängerung des bestehenden Vertrages beabsichtigt sei. Diesem Vertrag habe der Stadtrat damals zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, in diesem Sinne zu handeln.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, betonte, dass sie die entstandene Situation zwischen der Singschule und der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ bedaure. Sie erachte die Singschule, den Kinderchor, das Kinderchorfestival sowie alle dazugehörigen Bereiche für die Stadt Halle als äußerst wichtig und diese sollten insbesondere im Interesse der Musikkultur sowie Kinder- und Jugendarbeit unbedingt erhalten bleiben.

Darüber hinaus wies **Frau Dr. Bergner** darauf hin, dass sie sowohl die Arbeit der Chorleiter Frau Bauer und Herr Wippler, die sich für den Förderverein außerordentlich engagieren, als auch die Arbeit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ ausdrücklich respektiere und anerkenne.

Anschließend ging **Frau Dr. Bergner** auf die mehrfachen Diskussionen im Kulturausschuss und die durchgeführten Mediationsprozesse ein. Daraus resultierend wäre ihres Erachtens eine Verlängerung des Vertrages mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ die zielführendste Variante.

Bezogen auf den Beschlusspunkt 2 der Vorlage fragte **Frau Dr. Bergner** entsprechend der Diskussionen im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, ob dieser im Vertrag verankert werden müsse. Zudem sollten ihrer Auffassung nach die Personen konkret benannt werden. Dazu schlug sie den Direktor des Stadt-singechors, Herrn Elster, sowie den Leiter des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“, Herrn Effner-Jonigkeit, als geeignete Personen für die Erweiterung des künstlerischen Beirates des Kinderchorfestivals vor. Weiterhin sollte auch der Förderverein im Beirat vertreten sein.

Hinsichtlich des Änderungsantrages erklärte **Frau Dr. Bergner**, dass sie die Übertragung an einen Trägerverein in Gründung für keine solide Basis halte und das Angebot dieses Vereins nicht vertretbar sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** konnte dem Vorschlag von Frau Dr. Bergner, die Personen entsprechend des Beschlusspunktes 2 konkret zu benennen und einen Vertreter des Fördervereins in den Beirat aufzunehmen, zustimmen.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, wies auf das Weisungsrecht des Stadtrates hin und bat im Zuge dessen darum, die Diskussionen um die Trägerschaft und den Inhalt des Vertrages nicht zu sehr auszuweiten. Das Votum der Fachausschüsse sei bekannt, so dass man die Vorlage zu einer Abstimmung bringen sollte.

In Bezug auf die Erweiterung des Beirates merkte **Herr Bartl** an, dass er dem Vorschlag von Frau Dr. Bergner zustimmen könne und im Beirat kein Vertreter aus dem Stadtrat mitwirke.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass ihre Fraktion der Vorlage der Verwaltung zustimmen werde. Ihres Erachtens wäre der weitere Verbleib der Singschule bei der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ nachhaltig und zielführend. Ihre Fraktion sei überzeugt davon, dass bei Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung alle Beteiligten dazu beitragen werden, um ein sicheres Bestehen der Singschule und des Kinderchores gewährleisten zu können.

Darüber hinaus brachte **Frau Ewert** hinsichtlich des Beschlusspunktes 2 zum Ausdruck, dass der Beirat nicht zu sehr erweitert werden sollte und schloss sich dem Vorschlag von Frau Dr. Bergner an, dass der Förderverein im Beirat vertreten sein sollte.

Anschließend diskutierten **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** über eine entsprechende Änderung des Beschlusspunktes 2. Im Ergebnis dessen wurde sich auf folgenden Beschlussvorschlag verständigt:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« dahin gehend zu verhandeln, dass der künstlerische Beirat des Kinderchorfestivals, bestehend aus Herrn Prof. Maas, Herrn Prof. Marggraf, Herrn Dr. Werner und Frau Dr. Wohlfeld, um maximal 3 geeignete Personen erweitert wird, wobei ein Vertreter des Fördervereins aufzunehmen ist. Dieser berät die Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« künftig bei allen künstlerisch-musikalischen Angelegenheiten der Singschule, einschließlich der Personalentscheidungen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, ging eingangs auf die Ausführungen von Herrn Bartl ein und schloss sich dieser an.

Zudem erklärte **Herr Wolter** bezogen auf die Ausführungen der Oberbürgermeisterin zum TOP Feststellung der Tagesordnung, dass ihm die Stellungnahme des Rechtsamtes zum Änderungsantrag nicht vorliege. Ebenso könne er nicht nachvollziehen, weshalb der Änderungsantrag seitens der Verwaltung als unzulässig definiert werde. Seines Erachtens liegen hier lediglich unterschiedliche politische Einschätzungen vor.

Da die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ als bisheriger Träger die entstandenen Konflikte mit der Singschule in den letzten zwei Jahren auch nicht mit Hilfe der Mediationsversuche seitens des Stadtrates und der Verwaltung nicht klären konnte, halte seine Fraktion die Übertragung der Singschule an einen anderen Träger für zielführender.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Wolter** auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Seine Fraktion habe eine rechtliche Stellungnahme eines Rechtsanwaltes zu diesem Sachverhalt vorgelegt. Die während der Diskussion gestellten Fragen wurden seitens der Verwaltung unzureichend beantwortet.

**Herr Wolter** bat darum, dass der Kosten- und Finanzierungsplan nicht wie von der Verwaltung geäußert vor Vertragsabschluss, sondern bereits zur Stadtratssitzung vorgelegt werde, um Klarheit über die tatsächliche Kostenplanung zur Betreuung der Singschule zu haben.

Des Weiteren bat **Herr Wolter** um Stellungnahme des Rechtsamtes, inwieweit die Festlegungen zum künstlerischen Beirat, wie z. B. Anzahl der Mitglieder, namentliche Benennung, im Vertrag verankert sein sollten. Der Beirat wurde durch die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ konstituiert. Diese sollte auch die Anzahl der Mitglieder und namentliche Benennung vornehmen. Dies durch Beschluss des Stadtrates zu bestimmen, halte er für bedenklich.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihre vorherigen Ausführungen. Wenn seitens des Stadtrates der Wunsch bestehe, den Beirat einschließlich konkreter Namensvorschläge zu erweitern, werde die Verwaltung dahin gehend mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ verhandeln. Sollte die Jugendwerkstatt dem nicht zustimmen können, müsse in erneuten Verhandlungen nach einem anderweitigen Kompromiss gesucht und dem Stadtrat das Ergebnis dieser Verhandlungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erläuterte die Intention seiner Ausführungen. Es ginge ihm hierbei um die Rechtssicherheit der Vorlage der Verwaltung. Dem Stadtrat werde ein Verhandlungsergebnis vorgelegt, obwohl dieses mit der Erweiterung des Beirates noch nicht abschließend verhandelt sei. Aus diesem Grund habe er um die Stellungnahme des Rechtsamtes gebeten, ob der Stadtrat über den Beirat bestimmen könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass entsprechend der Änderung des Beschlusspunktes 2 die Verwaltung dahin gehend mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ verhandeln werde. Sollte die Jugendwerkstatt mit dem Vorschlag des Stadtrates nicht einverstanden sein, werde nach einer anderweitigen einvernehmlichen Lösung gesucht. Insofern bestimme der Stadtrat nicht über den Beirat, sondern bringe lediglich einen Vorschlag ein.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Ausführungen von Frau Dr. Bergner zum Änderungsantrag und stellte klar, dass damit nicht endgültig beschlossen werde, die Trägerschaft an den Verein Singschule i. Gr. zu übertragen. Die Stadtverwaltung soll Verhandlungen mit dem Verein aufnehmen und das Ergebnis im September vorlegen. Der Stadtrat habe dann immer noch die Möglichkeit einzugreifen und sich gegen die Übertragung an den Verein auszusprechen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Krause, SDP-Fraktion, sowie Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, konnten der dargestellten Intention von Herrn Wehrich zum Änderungsantrages nicht zustimmen. Aus dem Änderungsantrag ginge eindeutig hervor, dass der Vertrag mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ nicht verlängert und Verhandlungen mit dem Verein Singschule i. Gr. geführt werden sollen.

Zudem merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie den Änderungsantrag trotz der Stellungnahme des Rechtsamtes, dass dieser unzulässig sei, zur Abstimmung bringe. Sollte dieser eine Mehrheit finden, werde sie entsprechend Widerspruch einlegen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, kritisierte, dass die Verwaltung nicht bereits im Kulturausschuss auf die Unzulässigkeit des Änderungsantrages hingewiesen habe.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, widersprach Herrn Wolter und machte darauf aufmerksam, dass Herr Beigeordneter Kogge während der Sitzung des Kulturausschusses darauf hingewiesen habe.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass ihm dieser Hinweis nicht bekannt sei und auch dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften in der gestrigen Sitzung dazu keine Information vorlag.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete daraufhin, dass die Stellungnahme des Rechtsamtes vorliege und diese die Mitglieder des Hauptausschusses erhalten. Sie gehe davon aus, dass die Stellungnahme auch zur gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vorgelegen habe.

---

*Die Stellungnahme des Rechtsamtes zum Änderungsantrag wurde den Hauptausschussmitgliedern ausgehändigt.*

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, und **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, brachten zum Ausdruck, dass sie die Stellungnahme in keinsten Weise nachvollziehen können. Die Unzulässigkeit des Änderungsantrages werde in einer völlig anderen Form begründet als in der Diskussion dargestellt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Vorlage.

- zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."**  
**Vorlage: V/2011/09923**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat lehnt das Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalekreis e.V. zur Trägerschaft der Singschule ab.*
2. *Der Stadtrat beschließt, den Vertrag mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft „ e.V. zur Trägerschaft der Singschule nicht fortzusetzen **und den Vertrag fristgerecht mit Wirkung zum 31.12.2011 zu kündigen.***
3. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Singschule i. Gr. Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft der Singschule zu führen und auf der Basis des bestehenden Leistungsvertrages eine Beschlussvorlage bis zum 30.09.2011 vorzubereiten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

5 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

- zu 5.1 **Verlängerung des Vertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Verein Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.**  
**Vorlage: V/2011/09811**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat stimmt dem Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« Halle-Saalekreis e. V. zur Trägerschaft der Singschule [siehe Anlage] zu.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« dahin gehend zu verhandeln, dass der künstlerische Beirat des Kinderchorfestivals, bestehend aus Herrn Prof. Maas, Herrn Prof. Marggraf, Herrn Dr. Werner und Frau Dr. Wohlfeld, um maximal 3 geeignete Personen erweitert wird, wobei ein Vertreter des Fördervereins aufzunehmen ist. Dieser berät die Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« künftig bei allen künstlerisch-musikalischen Angelegenheiten der Singschule, einschließlich der Personalentscheidungen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

7 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

---

**Anmerkungen:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat beschließt, den Vertrag mit der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e. V. zur Trägerschaft der Singschule gemäß Leistungsvertrag [siehe Anlage] fortzusetzen.

Der ursprüngliche Beschlusspunkt 2 lautete:

Der künstlerische Beirat des Kinderchorfestivals [Prof. Maas, Prof. Marggraf, Dr. Werner Dr. Wohlfeld] wird um 4 geeignete Personen, die vom Stadtrat bestimmt werden, erweitert. Dieser berät die Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft« künftig bei allen künstlerisch-musikalischen Angelegenheiten der Singschule, einschließlich der Personalentscheidungen.

**zu 6      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.2    Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09599**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

1. *§ 1 der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale) erhält eine neue Fassung mit folgendem Wortlaut:*

*§ 1 Aufwandsentschädigung*

- 1) *Der Stadtwehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 125 Euro.*
- 2) *Der Stellvertreter des Stadtwehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.*

- 3) *Die Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.*
  - 4) *Die Stellvertreter der Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 40 Euro.*
  - 5) *Der Stadtjugendfeuerwehrwart der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.*
  - 6) *Die Jugendwarte der Ortsfeuerwehren erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 40 Euro.*
  - 7) **Die Einheitsführer der Katastrophenschutzeinheiten erhalten zur Abgeltung ihres Aufwandes zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 50 Euro.**
2. *Es wird ein neuer § 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt.*
- Im Fall der Verhinderung einer der in § 1 genannten Personen für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als vier Wochen erhält der Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe der für das jeweilige Ehrenamt vorgesehenen Entschädigung. Erhält der Vertreter bereits eine Aufwandsentschädigung nach § 1 beträgt die Entschädigung, die er zusätzlich als Vertreter erhält, 50 vom Hundert der Aufwandsentschädigung des Vertretenen.*
3. *Die Zählung der anschließenden §§ wird angepasst.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Berichterstattung gegenüber BürgerInnenschaft und Stadtrat  
Vorlage: V/2011/09692**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab bekannt, dass sie dem Antrag zustimmen könne und die Verwaltung entsprechend des Beschlussvorschlages ein Konzept für die Umsetzung vorlegen werde.

Gleichzeitig wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die ausgehändigte Übersicht seitens der Verwaltung hin. Aus dieser wäre ersichtlich, dass die Verwaltung dem Stadtrat und seinen Ausschüssen eine Vielzahl von Berichten bereits vorgelegt habe. Zudem ginge daraus hervor, zu welchem Zeitpunkt zu den jeweiligen Themen eine erneute Berichterstattung erfolge.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte die Intention des Antrages seiner Fraktion. Damit sollte die Verwaltung keinesfalls kritisiert werden. Die Erarbeitung dieses Konzeptes soll lediglich als Arbeitsmittel sowohl für die Verwaltung als auch für den Stadtrat dienen, um zukünftig eine verbesserte Transparenz der Weitergabe von Informationen zu erreichen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein System regelmäßiger schriftlicher Berichterstattungen zu wichtigen Arbeitsinhalten und strategischen Ausrichtungen der städtischen Ämter und Stabsstellen einzuführen, mit dem Ziel, die Weitergabe von Informationen an BürgerInnenschaft und Stadtrat nachhaltig zu verbessern.*
- 2.) *Zu diesem Zweck ist dem Stadtrat bis Oktober 2011 ein Konzept für die Umsetzung zur Beschlussfassung vorzulegen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8      Mitteilungen**

**zu 8.1    Stand Konjunkturpaket II**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte darüber, dass die Beschlussfassung zur Anpassung der einzelnen Förderrichtlinien in der Sitzung des Stadtrates im Juni 2011 nicht erfolgen könne, da noch nicht alle Änderungsanträge abschließend beraten wurden. Sie gehe davon aus, dass die Vorlage zur Anpassung der jeweiligen Förderrichtlinien in der Stadtratssitzung im August 2011 beraten werden könne.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass der Vertrag zum Druck des Amtsblattes Ende dieses Jahres auslaufe. Aus diesem Grund werde eine Ausschreibung vorbereitet und der Stadtrat zum gegebenen Zeitpunkt über den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF einbezogen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## zu 9      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, ging auf die Mitteilung der Oberbürgermeisterin zum Amtsblatt ein und fragte, ob die Stadträte den Ausschreibungstext vor Veröffentlichung zur Kenntnis erhalten. Dies wäre im Hinblick auf die in der Vergangenheit mehrfach diskutierte Frage der Auskömmlichkeit äußerst wichtig. Anderenfalls sei davon auszugehen, dass die Mitglieder des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF der Ausschreibung nicht zustimmen werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, den Ausschreibungstext dem zuständigen Ausschuss vorab zur Kenntnis zu geben, um mögliche Unklarheiten zu beseitigen und bei Bedarf Änderungen vornehmen zu können.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich ebenfalls auf das Amtsblatt hinsichtlich der aufgetretenen Probleme zur Veröffentlichung von Ausschusssitzungen aufgrund der reduzierten Anzahl der Amtsblätter.

In Anbetracht dessen wurde im Mai die Tagesordnung eines Ausschusses nicht zwei Wochen, sondern vier Wochen vor dem Sitzungstermin veröffentlicht. Da die Fraktionen entsprechend der Geschäftsordnung bis 21 Tage vor einer Sitzung Anträge einreichen können, sei eine zusätzliche Anzeige in der MZ notwendig gewesen.

Aus diesem Grund fragte **Herr Wolter**, ob die Erscheinungstermine des Amtsblattes mit den jeweiligen Ausschusssitzungen abgeglichen wurden, so dass diese Problematik nicht mehr auftrete.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung die Veröffentlichung der Ausschusssitzungen im Amtsblatt in der vorgegebenen Frist sicherzustellen habe, um keine Kosten für zusätzliche Anzeigen aufbringen zu müssen. Dies werde mit der Neufestlegung für den Druck des Amtsblattes geregelt.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach dem Arbeitsstand zum ELENA-Verfahren und ob dazu die Oberbürgermeisterin in einer Fraktionsvorsitzendenrunde informiere oder im Hauptausschuss darüber diskutiert werden sollte. In dem Zusammenhang erinnerte er daran, dass dahin gehend aufgrund der bestehenden Unklarheiten in den Fraktionen schnellstmöglich eine Klärung seitens der Verwaltung erfolgen sollte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sie grundsätzlich den Hauptausschuss als das ordnungsgemäße Gremium erachte, um bestimmte Sachverhalte zu beraten. In der Fraktionsvorsitzendenrunde sollen Themen besprochen werden, die einer kurzfristigen Klärung bedürfen und aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit nicht mehr im Hauptausschuss beraten werden können. Zudem bestünde für die Fraktionsvorsitzenden jederzeit die Möglichkeit, sich an die Oberbürgermeisterin zu wenden und die Einberufung einer Fraktionsvorsitzendenrunde zu bestimmten Themen vorzuschlagen.

Hinsichtlich der Problematik ELENA-Verfahren wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Verwaltung nochmals das Bundesministerium für Arbeit und Soziales anschreiben werde. Nach Erhalt einer Antwort werden die Fraktionsvorsitzenden entsprechend informiert.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf den TOP 5.2

Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße  
Vorlage: V/2011/09790

und fragte, ob seitens der Verwaltung Prüfungen für eine Nachbesserung vorgenommen wurden, damit die Brücke auch für Radfahrer problemlos nutzbar sei.

Darüber hinaus kündigte **Herr Wehrich** an, dass seine Fraktion dazu in der kommenden Stadtratssitzung am 29.06.2011 einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen werde, da seines Erachtens Möglichkeiten einer Nachbesserung bestünden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies auf die Niederschrift des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF. In der Sitzung wurde diese Problematik ausführlich diskutiert und seitens der Verwaltung eine Prüfung dahingehend zugesagt.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bestätigte die Ausführungen von Herrn Krause.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass über das Prüfungsergebnis in der Stadtratssitzung am 29.06.2011 informiert werde.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der zeitlichen Verfahrensweise hinsichtlich der Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erläuterte die Regelungen zur Wahl des Oberbürgermeisters entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt. Danach habe die Oberbürgermeisterwahl frühestens sechs Monate und spätestens so zu erfolgen, dass drei Monate vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Oberbürgermeisters der neue Oberbürgermeister feststehe. Dies bedeute, dass die Wahl im Zeitraum vom 1. Juni bis 31. August 2012 stattzufinden habe. Der Wahltermin müsse bis Mitte August anberaumt werden, so dass spätestens zum 31. August 2012 der neue Oberbürgermeister gewählt sei. Die öffentliche Bekanntmachung der Wahl sowie die Ausschreibung haben spätestens zwei Monate vor dem Wahltag zu erfolgen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, sich nach der Sommerpause darüber zu verständigen und sagte zu, eine Übersicht der Termine zur Wahl des Oberbürgermeisters im kommenden Jahr der Niederschrift als Anlage beizufügen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass aufgrund der Schulferien im nächsten Jahr von Mitte Juli bis Anfang September die Oberbürgermeisterwahl bereits im Juni 2012 stattfinden sollte. In Anbetracht dessen schlug **Herr Bönisch** den 10. Juni 2012 als ersten Wahltermin vor.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm den Terminvorschlag als Hinweis auf und merkte an, dass sie aufgrund der Ferienzeit ebenfalls einen Termin im Juni anstreben würde. Sie wies darauf hin, dass eine Wahl vor dem 1. Juni entsprechend der Regelungen der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt allerdings nicht möglich sei.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, regte an, möglichst frühzeitig den Wahltermin festzulegen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Anregung auf und schlug vor, dass sich die Fraktionen untereinander dahin gehend verständigen. Zudem sagte sie zu, eine Übersicht der Stadtratsbeschlüsse zur Festlegung des Wahltermins der vergangenen Jahre der Niederschrift beizufügen.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, erinnerte an ihre mündliche Anfrage aus der Stadtratssitzung am 25.05.2011 zum aktuellen Sachstand zu Sanierungsmöglichkeiten der ehemaligen Schweinemastanlage in Lettin. Dazu habe sie bisher keine Antwort erhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass derzeit weitere Gesprächsverhandlungen stattfinden. Hinsichtlich der Aufforstungen sollten Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt erfolgen. Der abschließende Bericht dazu liege ihr bisher noch nicht vor.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, in der kommenden Stadtratssitzung darüber zu informieren.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## zu 10 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 22. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

A. Kraft  
Protokollführerin